

eu top thema

Wirtschaftskammer Österreich

GRIECHENLAND

April 2017

Zwischen Drittem Hilfspaket und GREXIT

INHALT

Erstes Hilfspaket (bilaterale Kredite, IWF)	2
Zweites Hilfspaket inklusive Schuldenschnitt	4
Eckpunkte des Zweiten Rettungspaketes für Griechenland	4
Mehr Zeit und mehr Geld	5
Zuspitzung der Situation im Frühsommer 2015	7
Drittes Hilfspaket - 86 Milliarden Euro über drei Jahre	7

Griechenland war der erste hoch verschuldete Euro-Mitgliedstaat, für den die europäischen Partner im Jahr 2010 ein Rettungspaket schnürten. Später folgten ein zweites Rettungspaket und ein Schuldenschnitt. 2015 wurde ein drittes Rettungspaket notwendig. Auf rund 240 Mrd. Euro summieren sich die bisherigen Zahlungen an Griechenland aus den drei Rettungspaketen. Das Geld floss teils in Form direkter Kredite der Euro-Staaten, teils über die Rettungsschirme EFSF und ESM und teils über den IWF.

DOCH WIE KAM ES ZU DEN FINANZIELLEN SCHWIERIGKEITEN IN GRIECHENLAND?

Mit dem Eintritt in die Eurozone sanken die Zinsen für griechische Staatsanleihen auf „Deutschland-Niveau“. Die Folge war, dass Kredite billig wurden und sehr viel Geld in Konsum floss, dass Investitionen in Zukunftsprojekte vernachlässigt wurden, bis die Schulden zu sehr anstiegen und die Wirtschaftskrise hereinbrach.

Griechenland hatte das wahre Ausmaß seines Haushaltsdefizits jahrelang verschleiert. Das griechische Budgetdefizit betrug 2009 15,4 %, der Schuldenstand 127 % des BIP. Beide Werte liegen weit über den im Euro-Stabilitätspakt festgeschriebenen Konvergenz-Kriterien (d.h. Staatsverschuldung unter 60 % des BIP, Budgetdefizit weniger als 3 % des BIP). Anfang 2012 lag der Schuldenstand Griechenlands bei sogar fast 170 % des BIP, aktuell (2017) bei rund 180%.

Von der Regierung Griechenlands wurden zur Refinanzierung der Staatsschulden Staatsobligationen ausgegeben, wofür Zinsen bezahlt werden müssen. Aufgrund des hohen Haushaltsdefizits und der steigenden Neuverschuldung stuften die **internationalen Ratingagenturen** die Kreditwürdigkeit des Landes kontinuierlich herab; griechische Staatsanleihen wurden teurer. Mit den höheren Zinsen stieg auch die Staatsverschuldung Griechenlands weiter an.

Für Griechenland kam erschwerend hinzu, dass die Wirtschaft besonders **im Ausland hoch verschuldet** war. Österreichische Banken hatten Ende 2010 in Griechenland noch Außenstände von 4 Mrd. Euro zu verzeichnen, deutsche Banken rund 34 Mrd. US-Dollar, Frankreichs Banken sogar 53 Mrd. US-Dollar. Diese Beträge haben sich in der Folge zwar erheblich verkleinert; ein Staatsbankrott Griechenlands hätte aber trotzdem nicht nur Auswirkungen auf heimische und ausländische Banken, sondern auf die gesamten Volkswirtschaften.

ERSTES HILFSPAKET (BILATERALE KREDITE, IWF)

Nachdem die griechische Regierung am 23. April 2010 vor dem Druck der Finanzmärkte kapitulierte und um ausländische Finanzhilfe ersucht hatte, beschlossen die Finanzminister der Eurozone im Mai 2010 ein **erstes 110 Mrd. Euro schweres Hilfspaket** für die folgenden drei Jahre. (davon entfallen 80 Mrd. Euro auf bilaterale Kredite der Euro-Staaten und 30 Mrd. Euro auf den IWF; siehe auch Punkt 3.1.). Wegen Nichtbeteiligung der Slowakei und späterem Wegfall von Zahlungen der unter den Euro-Rettungsschirm geschlüpften Länder Portugal und Irland hat sich das Hilfspaket um 2,7 Mrd. auf 107,3 Mrd. Euro verringert.

Bis Anfang 2012 wurden in sechs Tranchen 73 Mrd. Euro an Athen aus diesem Paket ausbezahlt (52,9 Mrd. von Eurozone und 20,1 Mrd. vom IWF, Anteil Österreichs rund 1,557 Mrd. Euro). Damit sind 34,4 Mrd. Euro übriggeblieben (24,4 Mrd. Eurozone und knapp 10,0 Mrd. vom IWF).

Als Auflage für das 110 Mrd. Euro Hilfspaket mussten sich die Griechen einem **drastischen Sparprogramm** unterziehen. Die griechische Neuverschuldung - im Jahr 2010 10,5 % des BIP - sollte bis 2014 unter die 3-Prozent-Grenze gedrückt werden. Gleichzeitig wurde erwartet, dass mit dem Sparprogramm und der internationalen Hilfe die griechischen Schulden ab 2014 zu fallen beginnen.

Das größte Problem Griechenlands war und ist die enorme **Staatsverschuldung**. Die Gefahr eines Staatsbankrotts ist nicht gebannt. Griechenland steckt in einer tiefen Rezession, die Chancen auf wirtschaftliche Erholung sind gering. Hauptgrund: Die Bruttowertschöpfung der griechischen Wirtschaft speist sich zu 70 % aus der Binnennachfrage. Das Sparprogramm aber würgt den privaten Konsum ab. Und obendrein schnellen die Preise in die Höhe.

Einsparungs- und Finanzierungsmöglichkeiten gab es viele: Griechenlands Rüstungsausgaben sind wegen der Spannungen mit der Türkei sehr hoch; aufgrund der Finanzkrise musste das Land hohe finanzielle Aufwendungen für den Finanzsektor erbringen; zu viele Staatsbedienstete erhalten zu viele Bonus-Zahlungen; Steuersenkungen führten zu niedrigeren Staatseinnahmen. Auch die **Schattenwirtschaft** spielt im Land eine große Rolle. Steuerhinterziehungen sind sowohl bei Firmen als auch im privaten Bereich verbreitet und es gibt nur wenige Kontrollen. All das musste sich und muss sich in Zukunft ändern.

Am 2. Mai 2010 beschloss die griechische Regierung ein mit IWF und EU ausgehandeltes Maßnahmenpaket, womit bis zum Jahr 2013 insgesamt 30 Mrd. Euro eingespart werden sollen. Mit diesem strikten Sparmaßnahmenpaket konnte gleichzeitig der Weg für das erste internationale Hilfspaket freigemacht werden. Finanzexperten der Europäischen Kommission, der EZB und des IWF (sog. **Troika**) überwachen vierteljährlich die Einhaltung der griechischen Budgetsanierung.

Im April 2011 wurde bekannt, dass die finanzielle Lage von Griechenland noch ernster ist als zuvor angenommen. Die griechische Wirtschaft entwickelte sich schlechter als vorhergesagt; deshalb wurden neue Hilfen notwendig. Als Voraussetzung dafür musste das griechische Parlament den strengen Auflagen von EU und IWF zustimmen und ein **weiteres Sparpaket** auf den Weg bringen. Dieses Sparprogramm war auch Bedingung für die Freigabe der **fünften Kredittranche** in Höhe von zwölf Mrd. Euro aus der ersten Rettungshilfe durch die Euro-Finanzminister **Anfang Juli 2011**.

Beim **Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone am 21. Juli 2011** wurde ein **zweites Rettungspaket für Griechenland** beschlossen. Die Details dieses Beschlusses (**Verlängerung der Laufzeit künftiger EFSF Kredite**, Aufruf zu einer umfassenden Wachstumsstrategie - **Marshallplan** - für Griechenland, **Beteiligung des Privatsektors, Schuldentrückkaufprogramm etc.**) mussten aber in den darauffolgenden Monaten weiteren Anpassungen unterworfen werden, denn die Wirtschaftslage in Griechenland entwickelte sich schlechter als angenommen.

Die griechische Regierung musste den Sparkurs im Herbst 2011 erneut verstärken, um die nächste **sechste Tranche** in Höhe von **8 Mrd. Euro** aus dem ersten Hilfspaket (eigentlich schon für September 2011 geplant) zu erhalten. Als erste Notmaßnahme hatte das Kabinett in Athen eine neue **Immobiliensteuer** beschlossen. Das griechische Finanzministerium kündigte zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte des Landes **Entlassungen** in Staatsunternehmen ab. 30.000 Staatsbedienstete sollen zunächst in eine so genannte Arbeitsreserve geschickt werden. (60 % ihres Einkommens für maximal ein Jahr, danach entscheidet eine unabhängige Behörde über ihre Zukunft). Außerdem gab es Kürzungen bei **Renten** von mehr als 1.200 Euro im Monat sowie bei Rentenempfängern, die jünger als 55 Jahre sind. Der jährliche **Steuerfreibetrag** sollte von 8.000 Euro auf 5.000 Euro sinken. Die Steuer sollte auf zwei Jahre befristet sein.

Auf dem Europäischen Rat vom 23.10. 2011 bzw. dem **EU-Gipfeltreffen und Gipfel der Eurozone vom 26.10.2011** stellten die Staats- und Regierungschefs ein **Gesamtpaket** vor, das eine Rettung Griechenlands (auf Basis eines **partiellen Schuldenschnitts**) ebenso umfasst wie die Stabilisierung der Banken im Rahmen der EFSF. Zentrales Ziel war die Reduktion der griechischen Staatsschulden von damals über 160 % auf 120 % des BIP per 2020. Dies sollte durch eine freiwillige Beteiligung der privaten Investoren mit dem Ziel eines **50 % Schuldenschnitts** erreicht werden (durch Anleihtausch).

ZWEITES HILFSPAKET INKLUSIVE SCHULDENSCHNITT

Die Euro-Staaten haben sich am 21. Februar 2012 nach langen Verhandlungen auf ein **zweites Rettungspaket für Griechenland** geeinigt. Nachfolgend eine Zusammenstellung der wichtigsten Punkte:

Das **Volumen** des Rettungspakets liegt bei **130 Mrd. Euro**. Der IWF wird sich mit 28 Mrd. Euro beteiligen. Griechenland hatte zuvor **wesentliche Bedingungen der Euro-Länder erfüllt**. Dazu gehörten die Zustimmung des Parlaments und der Chefs der großen Parteien zu den Sparzielen sowie zusätzliche Sparmaßnahmen von 325 Mio. Euro. Die Athener Regierung verabschiedete zuletzt eine Reihe von Gesetzesentwürfen zur Anwendung des von der EU verlangten Sparkurses. So wurden z.B. höhere Pensionen gekürzt und die Mindestlöhne gesenkt.

Die Freigabe des Hilfspakets war verknüpft mit der Einleitung eines **Schuldenschnitts** mit privaten Gläubigern wie Banken und Versicherungen. Damit der Schuldenstand Griechenlands bis 2020 auf die angestrebten 120,5 % des BIP sinkt, mussten die **privaten Gläubiger** nominal auf **53,5 %** (ursprünglich 50 %) **der Forderungen verzichten** - (de facto auf über 70 % durch niedrigere Zinsen). Vorgesehen waren ein **Anleihtausch** sowie eine **gestaffelte verringerte Verzinsung** für diese neuen Anleihen (zwischen 4,5 und 2 %). Damit sollten Athens Schulden um 107 Mrd. Euro sinken.

Die **EZB** wurde bei der Rettung Griechenlands stärker mit eingebunden. Sie sollte **Zinserträge** aus griechischen Staatsanleihen (rund 18 Mrd. Euro) an die Nationalbanken der Staaten **auszahlen, die** das Geld - via nationale Regierung - an Griechenland weitergeben können, um die Gesamtverschuldung Griechenlands zu senken (um 1,8 % des BIP).

Darüber hinaus wurde die **Verzinsung für die Hilfskredite** der Mitgliedstaaten an Griechenland aus dem ersten Rettungspaket **gesenkt**. Dadurch liegt die **Beteiligung des öffentlichen Sektors** an der Verringerung der griechischen Schuldenlast bei 4,6 % des BIP.



ECKPUNKTE DES ZWEITEN GRIECHISCHEN RETTUNGSPAKETES

Auch das zunächst von Griechenland strikt abgelehnte **Sperrkonto (Sonderkonto)** für einen Teil der griechischen Staatseinnahmen wurde nun fixiert. Damit wird Griechenland - wie von Deutschland gefordert - einen Teil seiner Budgetsouveränität abgeben. Mit dem Sperrkonto, das **von der EU überwacht** wird, soll sichergestellt werden, dass das Land seinen Schuldendienst erfüllt und Einnahmen nicht für andere Dinge ausgibt.

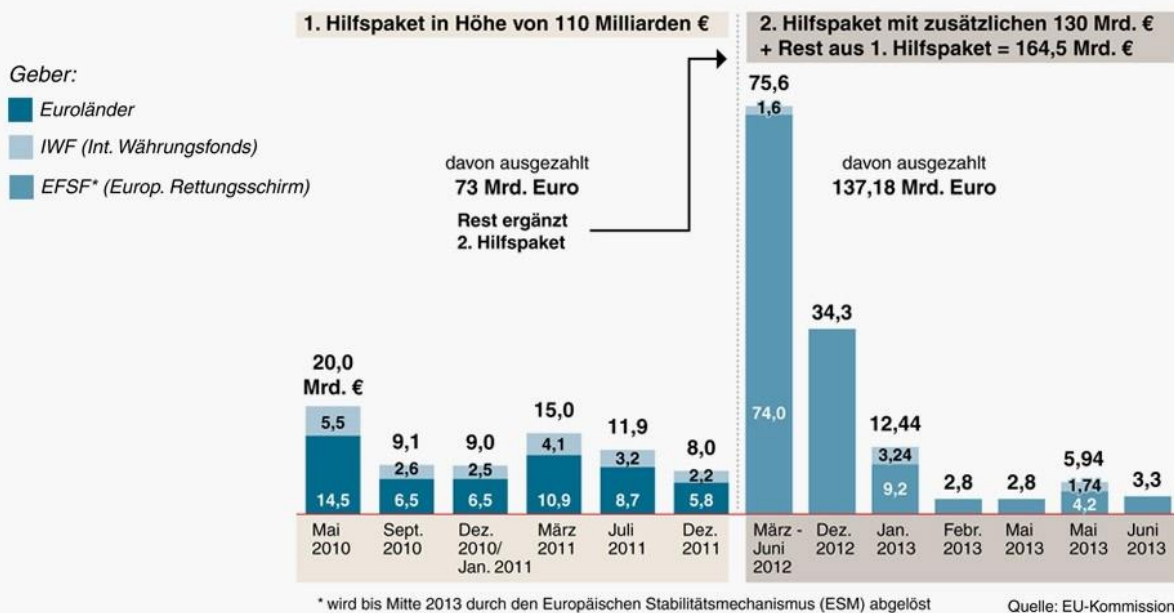
Das zweite Rettungspaket für Athen war deshalb wichtig, da Griechenland am **20. März 2012 Verbindlichkeiten von 14,5 Mrd. Euro** begleichen musste. Ohne Hilfe wäre das südliche Euro-Land pleite gewesen.

Von den griechischen Staatsschulden in Höhe von mehr als 350 Mrd. Euro sind 206 Mrd. in der Hand privater Gläubiger. Bis 9. März 2012 konnten Privatgläubiger alte Anleihen gegen neue tauschen. Davon sind 172 Mrd. Euro betroffen; was einer Beteiligung von insgesamt 83,5% entspricht. Bei den nach griechischem Recht aufgenommenen Schulden wurde sogar eine Beteiligungsquote von 85,8% erreicht. Erklärtes Ziel der Regierung in Athen war ein Wert über 90%, der notfalls per Zwangsumschuldung erreicht werden sollte. Dazu erließ die

griechische Regierung vorsorglich gesetzliche Umschuldungsklauseln (Collective Action Clauses, CAC), die auch auf alte Anleihen rückwirkend angewendet werden können. Durch diese teilweise Zwangsumschuldung würde die Teilnahme an dem Anleihetausch damit laut Athen auf 95,7% steigen.

Nach den am 6. Mai 2012 durchgeführten Neuwahlen in Griechenland, bei denen die bisher „europafreundlichen“ Großparteien abgewählt wurden, konnte keine Regierung gebildet werden, sodass am 17. Juni 2012 neuerlich Wahlen stattgefunden haben, bei denen indirekt auch über einen Verbleib Griechenlands im Euroraum entschieden wurde. Die Konservative Partei ging knapp als Sieger hervor und konnte eine neue Regierung gemeinsam mit Sozialisten und einer gemäßigten Linkspartei fixieren. Griechenland rang wochenlang um die Rückzahlung eines Teils seiner Schulden, da die Freigabe der **nächsten Kredittranche** durch die EU-Kommission, die EZB und den IWF noch nicht erfolgt war. So wollten die Kreditgeber, dass Athen in den nächsten beiden Jahren noch einmal über 13,5 Mrd. Euro einspart. Die Gläubiger-Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission bescheinigte dem Land weitere Fortschritte. Sie hatte Anfang November vorgeschlagen, dass auch öffentliche Kreditgeber auf Forderungen verzichten sollten, um die erdrückende Schuldenlast zu vermindern. Dies lehnten aber jene Eurostaaten, die Griechenland am meisten unterstützen, aus rechtlichen und politischen Gründen ab.

Hilfzahlungen für Griechenland



Griechenland hat daraufhin mit knapper Mehrheit das vereinbarte Sparpaket und einen Sparhaushalt für 2013 beschlossen. Pensionen und Gehälter werden drastisch gekürzt, das Pensionsalter wurde angehoben, und Staatsbedienstete sollten entlassen werden.

MEHR ZEIT UND MEHR GELD

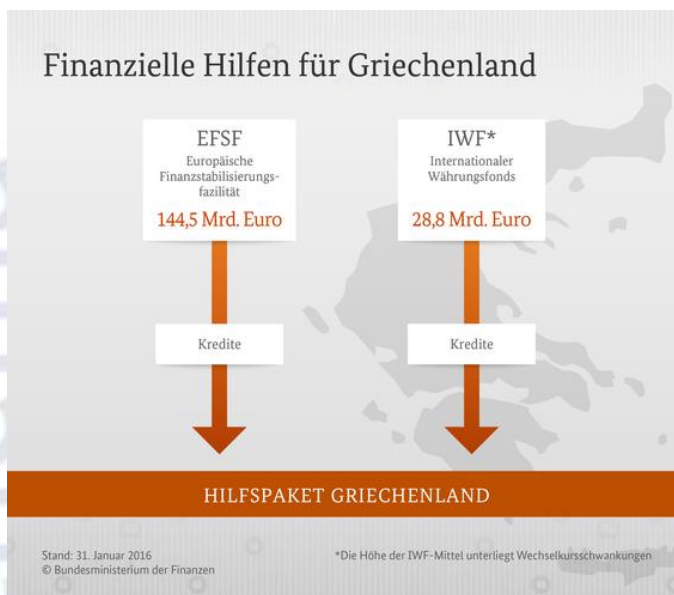
Am 27.11.2012 haben sich die Euro-Finanzminister, die EZB und der IWF auf einen Plan zum Abbau der griechischen Staatsschulden und die Auszahlung neuer Hilfen geeinigt: Von insgesamt 43,7 Mrd. Euro sollen **34,4 Mrd. Euro noch 2012 fließen**, um eine Staatspleite abzuwenden, der Rest im ersten Quartal 2013. Die Eurogruppe hat am 13. Dezember 2012 nach langem Ringen die Auszahlung der Milliarden-Hilfen bewilligt.

- ▶ Athen bekommt **zwei Jahre länger Zeit**, um seine Sparaufgaben zu erfüllen: statt bis 2014 nun bis 2016. Allein für diese beiden Jahre braucht Athen 18 Mrd. Euro zusätzlich.
- ▶ Auch der IWF machte Zugeständnisse. Bis zum Jahr 2020 müssen die griechischen Staatsschulden auf 124 % der Wirtschaftsleistung sinken, ursprünglich waren es 120 %.

- ▶ **Stundung von Zinsen** für die Kredite aus dem Euro-Rettungsfonds (10 Jahre später)
- ▶ **Kreditlaufzeiten** sollen um 15 Jahre **verlängert** werden
- ▶ **Senkung von Zinsen** für bereits vergebene Kredite aus dem ersten Hilfsprogramm (um 1 %)
- ▶ Die Euro-Länder wollen zudem **Gewinne** aus griechischen Staatsanleihen **an Griechenland weitergeben**. Dieses Geld soll allerdings auf ein Verrechnungskonto ausgezahlt werden, von dem Griechenland seine Schuldrückzahlungen bedient und keine anderen Ausgaben tätigt.
- ▶ **Schuldenrückkauf**: Ein **Programm zum Aufkauf griechischer Staatsanleihen** von privaten Investoren konnte positiv zum Abschluss gebracht werden. Schuldscheine von privaten Gläubigern in der Höhe von 31,9 Mrd. Euro, die unter dem Marktwert gehandelt worden waren, wurden vom griechischen Staat ca. zu **einem Drittel des Nennwertes** zurückgekauft. Dafür hat Griechenland 11,3 Mrd. Euro aufgewendet und damit seinen Schuldenstand um ca. 20 Mrd. Euro reduziert.

Beim ECOFIN-Rat vom 14.5.2013 **wurde die Auszahlung von weiteren 7,5 Mrd. Euro** aus dem **zweiten Rettungspaket für Griechenland** grundsätzlich gebilligt. Weitere 3,3 Mrd. Euro sind im Juni 2013 ausbezahlt worden. Damit sind aus Mitteln des EFSF bis dahin 130,6 Mrd. Euro an Hilfsmitteln an Griechenland bezahlt worden.

Die Gläubiger-Troika stellte daraufhin ein gutes Zeugnis über die Sanierung seines Staatshaushalts aus. Dijsselbloem lobte ausdrücklich die "guten Fortschritte" in Athen, forderte aber zugleich ein effizienteres Steuersystem, eine Liberalisierung des Arbeitsmarkts sowie eine weitere Verschlinkung des öffentlichen Dienstes.



Griechenland 2. Hilfspaket: Jan. 2012 - Juni 2015

Griechenland hat im Jahr 2013 einen leichten **Primärüberschuss** (ohne Schuldentilgung) im Haushalt erzielt. Auch 2014 ist das BIP leicht gewachsen. Im April 2014 ist Griechenland erstmals seit Jahren wieder an den Kapitalmarkt zurückgekehrt und hat erfolgreich eine Anleihe begeben.

Das Krisenland blieb jedoch bei der Sanierung seiner Staatsfinanzen hinter den Erwartungen der Geldgeber zurück. **Privatisierungen und Entlassungen** im öffentlichen Dienst liefen zögerlich. Das Rettungsprogramm sollte Ende 2014 auslaufen. Weil die Bewertung der Lage des Landes nicht mehr rechtzeitig abgeschlossen werden konnte, wurde das Hilfsprogramm zuerst um zwei Monate verlängert und die letzte Tranche von 1,8 Mrd. Euro hätte erst Anfang 2015 überwiesen werden sollen.

Weil im Dezember eine vorgezogene Präsidentenwahl nicht erfolgreich war, wurde eine Neuwahl des Parlaments fällig. Am 25. Jänner 2015 ging Alexis Tsipras mit seinem **Links-Rechts-Bündnis** als Sieger hervor.

Obwohl im Wahlkampf ein Ausstieg aus dem noch nicht beendeten Reformprogramm unter Aufsicht der Troika versprochen worden war, rang sich die neue griechische Regierung doch noch zu einem Antrag auf Verlängerung eben dieses Programmes um 4 Monate durch. Sonst wäre Griechenland vermutlich binnen Wochen zahlungsunfähig geworden, auch weil die Griechen zuletzt beträchtliche Mengen an Bargeld von griechischen Banken abgezogen hatten. In einer Vielzahl von Verhandlungen und Eurogipfeln wurde mit den Institutionen (vormals Troika) die konkreten Bedingungen für die Auszahlung der letzten Tranche des 2. Hilfspakets verhandelt. Doch die griechische Regierung war nicht zu den von den Geldgebern geforderten Bedingungen und Zugeständnissen bereit. Kurz vor Ablauf des 2. Hilfsprogrammes am 30. Juni 2015 verließ Tsipras den Verhandlungstisch und kündigte ein Referendum an, bei dem die griechische Bevölkerung am 5. Juli 2015 mit über 60 % gegen weitere Spar- und Reformmaßnahmen stimmte.

Da allerdings die griechischen Banken ab 29. Juni 2015 geschlossen waren und Kapitalverkehrskontrollen eingeführt wurden, war nur noch beschränkt Bargeld im Umlauf und die Wirtschaft kam zusehends zum Erliegen. Die EZB hat die sog. ELA-Notkredite (Kredite der griechischen Notenbank an griechische Banken) bei 88,6 Mrd. Euro eingefroren, sodass es nur noch eine Frage von Tagen war, bis in Griechenland das Geld ausging.

ZUSPITZUNG DER SITUATION IM FRÜHSOMMER 2015

Am 11./12./13. Juli 2015 gab es dramatische Stunden in Brüssel: Im griechischen Schuldendrama haben die Staats- und Regierungschefs der Eurozone den Weg für Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket geebnet. Es gelang ein Kompromiss, der den Griechen neue Hilfen ermöglicht. Laut EU-Ratspräsident Donald Tusk verständigte sich der Krisengipfel in Brüssel einstimmig auf ein umfangreiches Spar- und Reformpaket für das Krisenland. Vorausgegangen waren intensive Beratungen, die am Ende in einen 17-stündigen Verhandlungsmarathon auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs gipfelten.

DRITTES HILFSPAKET - 86 MILLIARDEN EURO ÜBER DREI JAHRE

DIE ECKPUNKTE

Griechenland erhielt bis 15. Juli 2015 Zeit, um u.a. folgende prior actions durch das Parlament zu bringen. Dieses stimmte mit großer Mehrheit für das Reformpaket:

- ▶ Die **Mehrwertsteuer** soll vereinheitlicht und teilweise erhöht werden (Hotellerie auf 13 %, Gastronomie auf 23 %, MWSt für Inseln in der Agäis sollen bis 2016 wegfallen.)
- ▶ Das **Rentensystem** soll reformiert werden (u.a. Rente ab 67, Eindämmung von Frühpensionen).
- ▶ Ein Gesetz soll die **Unabhängigkeit der Statistikbehörde Elstat** garantieren.
- ▶ Das Parlament soll sofort die europäische **Bankenrichtlinie BRRD** (Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten) umsetzen.
- ▶ Reform des **Justizwesens**

Weiters:

- ▶ **Liberalisierung der griechischen Wirtschaft:** Mehr Läden sollen beispielsweise am Sonntag öffnen dürfen. Gelockert werden sollen auch die Regeln für Bäcker und Apotheken.
- ▶ **Kostenorientierte Verwaltungsreform** unter der Aufsicht der EU-Kommission
- ▶ **Umfassende Steuerreform** (u.a. höhere Steuern auf Luxusgüter, Streichung der Steuererleichterungen für die Landwirtschaft, Steuererhöhungen für Reeder)
- ▶ **Privatisierung** des Stromnetzbetreibers ADMIE, Liberalisierung des Energiemarktes
- ▶ Gesetzliche Regulierung der Unabhängigkeit der **Privatisierungsbehörde TAIPED**
- ▶ Ingenieure, Notare und andere Berufe sollen leichter zugänglich werden.
- ▶ Nachgeahmte Medikamente (Generika) sollen günstiger werden.

Garantie/Privatisierungsfonds von 50 Mrd. Euro mit Sitz in Athen: Bis 2018 soll ein Privatisierungsfonds mit 50 Mrd. Euro gefüllt werden. Davon sollen 25 Mrd. Euro zur Rückzahlung von Finanzspritzen für die griechischen Banken, 12,5 Mrd. Euro zum Schuldenabbau und 12,5 Mrd. Euro für Investitionen herangezogen werden.

Beteiligung der Institutionen inkl. des IWF: Die „Troika“ ist zurück: In der Vergangenheit gab es bei den Umsetzungen Probleme. Deshalb werden alle drei Institutionen weiterhin schon im Vorfeld von Entscheidungen zusammenarbeiten. Künftig muss jegliche neue Gesetzgebung „in relevanten Bereichen“ den Gläubigerinstitutionen vorgelegt werden.

Erst mit dieser Einigung konnten die ELA-Notkredite für die griechischen Banken aufgestockt werden.

WEITERE MEILENSTEINE 2015

- ▶ 13.7. Fälligkeit von IWF-Krediten in Höhe von 452 Mio. Euro, damit Schulden beim IWF in der Höhe von insgesamt ca. 2 Mrd. Euro.
- ▶ 15.7. Parlamentsbeschlüsse in GR: Das griechische Parlament hat erste Reformauflagen des geplanten dritten Hilfsprogramms der Euro-Staaten mit großer Mehrheit gebilligt. Dadurch ist die Voraussetzung für weitere Schritte geschaffen.
- ▶ Nach Zustimmung auch anderer Parlamente in der Eurozone hat die Euro-Gruppe die Gespräche formell aufgenommen.
- ▶ 20.7. Rückzahlung der EZB Anleihen in Höhe von 3,5 Mrd. Euro.
- ▶ Bis zum 22.7. musste über die Rekapitalisierung der Banken entschieden werden.

Eine Einigung im griechischen Schuldenstreit bedeutete nicht automatisch ein Ende der Krise: Nicht nur in Wien und Berlin musste ein neues Hilfspaket noch genehmigt werden. So speziell wie in Deutschland sind die Vorgaben allerdings sonst nirgendwo in den Euro-Ländern.

Deutschland: Die deutsche Bundesregierung benötigte ein Mandat des Bundestags, um über ein drittes Hilfsprogramm verhandeln zu dürfen. Mit großer Mehrheit hat der Bundestag für das Mandat gestimmt als auch das neue Hilfsprogramm abgesegnet.

Auch in Österreich wurde vom Nationalrat das Hilfsprogramm für Griechenland beschlossen.

Weitere positive Abstimmungen gab es in Finnland, den Niederlanden, in Estland, Lettland, der Slowakei und anderen Euro-Ländern.

In Belgien, Italien, Litauen, Luxemburg, Portugal und Zypern musste das Parlament nicht zustimmen. In Malta und Slowenien mussten die Abgeordneten nur befragt werden, wenn auf die Länder neue finanzielle Verpflichtungen zukommen. Das hängt von der genauen Abwicklung des Hilfsprogramms ab.

Suche nach Brückenfinanzierung

Griechenland hatte dringenden Finanzbedarf - nicht zuletzt um die wochenlang geschlossenen Banken wieder öffnen zu können. Bis das dritte Rettungsprogramm stand, vergingen mehrere Wochen. Die Euro-Finanzminister suchten für die kurzfristige Finanzierung dringend eine Lösung. Die Liquiditätshilfe der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde vorläufig auf dem bestehenden Niveau eingefroren. Die Höchstgrenze für die Notkredite lag bei knapp 90 Milliarden Euro.

Mit der Frage einer Überbrückungsfinanzierung wurde eine Expertengruppe betraut. Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) sah als Möglichkeit die Finanzierung über den alten Euro-Rettungsfonds EFSM,

Ankaufprogramme für griechische Staatsanleihen (SMP) oder eine mögliche bilaterale Finanzierung durch einzelne EU-Staaten.

Der EFSM wird jedoch von allen EU-Staaten und nicht nur von den Euro-Staaten getragen, weshalb sich etwa Länder wie Tschechien und auch Großbritannien dagegen ausgesprochen hatten, die Mittel zur Finanzierung Griechenlands heranzuziehen.

Die EU-Kommission wollte den Alt-Rettungsfonds EFSM nutzen, um Griechenland bis zum Start eines neuen Hilfspakets finanziell über Wasser zu halten. Der Einsatz des EFSM sei der "bestmögliche Weg", sagte der für den Euro zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, Valdis Dombrovskis. Laut Dombrovskis sollen durch den Fonds sieben Milliarden Euro für drei Monate vergeben werden.

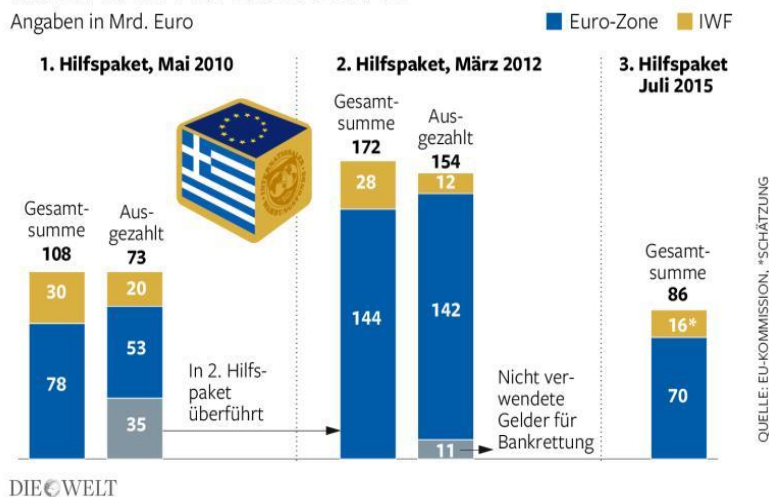
In dem 2010 aufgelegten Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus sind noch 13,2 Mrd. Euro vorhanden. Allerdings erforderte dieser Weg die Zustimmung der 28 EU-Staaten, also auch der neun Nicht-Euro-Länder. Denn die Haftung läge bei der [EU](#). Großbritannien, Schweden, Dänemark, Tschechien und Kroatien hatte klargemacht, dass sie diese Variante ablehnen. Deutschland schlug vor, dass Athen den Kredit mit zukünftigen Ansprüchen auf Mittel aus dem EU-Haushalt absichern solle.

Für die Zustimmung zur Freigabe der EFSM-Mittel ist nur eine qualifizierte Mehrheit im Rat der EU-Finanzminister notwendig - Großbritannien hätte also theoretisch überstimmt werden können. Angesichts der Anti-EU-Stimmung in Teilen der britischen Politik und der Aussicht auf ein Referendum über den Verbleib des Königreichs in der EU wollten EU-Vertreter es in so einem wichtigen Punkt nicht auf ein Zerwürfnis mit London ankommen lassen. Es wurde eine Lösung gefunden, um den Forderungen Londons und einiger anderer EU-Staaten gerecht zu werden. Um die Nicht-Euro-Staaten gegen mögliche Verluste zu schützen, wurden demnach 1,85 Milliarden Euro Zinsgewinne genutzt, die von der EZB und Euro-Notenbanken mit Griechenland-Anleihen erzielt wurden.

Athen musste am 20. Juli 2015 4,2 Mrd. Euro an die Europäische Zentralbank (EZB) zurückzahlen und brauchte deswegen eine Brückenfinanzierung bis zum Start des neuen Programms.

HILFSPAKETE FÜR GRIECHENLAND

Angaben in Mrd. Euro



Im August wurden zunächst 13 Mrd. Euro einer ersten Tranche von insgesamt 16 Mrd. Euro freigegeben.

Weil Ministerpräsident Tsipras am 20. August 2015 seinen Rücktritt einreichte, um den rebellischen Linksfügel seiner Partei abzuschütteln und sich ein stabiles Mandat der Wähler zu sichern, wurde eine Neuwahl nötig. Nach seiner erfolgreichen Wiederwahl führte der Syriza-Chef neue Verhandlungen mit den Geldgebern.

Eine Verzögerung der ersten umfassenden Überprüfung im neuen Hilfsprogramm nahmen die Eurostaaten angesichts der Neuwahlen in Kauf. Angestrebt wurde dann ein Abschluss vor Ende November 2015. Eurogruppen-Vorsitzender Dijsselbloem stellte klar, erst danach könne die Rekapitalisierung der griechischen Banken angegangen und über Schuldenerleichterungen für das Land diskutiert werden. Die erste Überprüfung des Hilfs- und Reformprogramms der Eurozone verzögerte sich viele Monate.

Im Jahr 2016 erholte sich die griechische Wirtschaft nur leicht. Die Arbeitslosenquote liegt immer noch weit über dem EU-Mittel. Weniger Exporte und ein schwächelnder Konsum sind Grund für die Misere. Die Regierung in Athen hat beim Abschluss des dritten Pakets Mitte 2015 eine Reihe von Reformen zur Haushaltssanierung vorgeschlagen, ebenso Privatisierungen. Die Vorhaben kommen jedoch eher schlecht als recht voran, insbesondere die von der Eurogruppe verlangten (harten) Einschnitte bei den Pensionen. In Athen gibt es immer wieder Proteste dagegen. Viele Ökonomen halten eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für zwingend notwendig. Die Staatsverschuldung ist auf rund 180 Prozent des BIP angewachsen.

Nur wenn die Kontrollen erfolgreich sind, können die vereinbarten Hilfskredite fließen. Auch die von Tsipras erhofften Verhandlungen über Schuldenerleichterungen gibt es nur, wenn die Gläubiger-Institutionen den griechischen Reformen ihren Segen geben.

Ausbezahlte Hilfgelder: An die griechische Staatskasse gingen aus dem Rettungspaket zunächst 13,0 Milliarden Euro, die auch der Rückzahlung der EFSM-Brückenfinanzierung dienen. Am 23. November 2015 beschloss der ESM-Gouverneursrat die Auszahlung von weiteren 2,0 Milliarden Euro an die griechische Regierung. Im Dezember 2015 folgte nochmals eine Milliarde Euro - nachdem Griechenland eine erste Liste geforderter Reformen, die sogenannten "Meilensteine", nach Ansicht der Geldgeber zufriedenstellend umgesetzt hatte.

Im Mai 2016 stimmte die Eurogruppe der Auszahlung von weiteren 10,3 Mrd. Euro in zwei Tranchen zu. Die erste Tranche in Höhe von 7,5 Mrd. Euro wurde im Juni 2016 überwiesen. Von den restlichen 2,8 Mrd. Euro, die im Herbst 2016 fließen sollen, gab die Eurogruppe am 10. Oktober 2016 zunächst eine Tranche von 1,1 Mrd. Euro frei. Die übrigen 1,7 Mrd. Euro folgten zwei Wochen später, nachdem Griechenland fehlende Zahlen vorgelegt hatte und die Institutionen eine positive Bewertung der Begleichung griechischer Zahlungsrückstände vorgenommen hatten. Die gesamten 2,8 Mrd. Euro überwies der ESM schließlich am 26. Oktober 2016 an die griechische Regierung.

Mittlerweile ist eine weitere Reform-Überprüfung überfällig und sollte schon seit Wochen abgeschlossen sein. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Geldgebern und dem Empfängerland verzögern das.

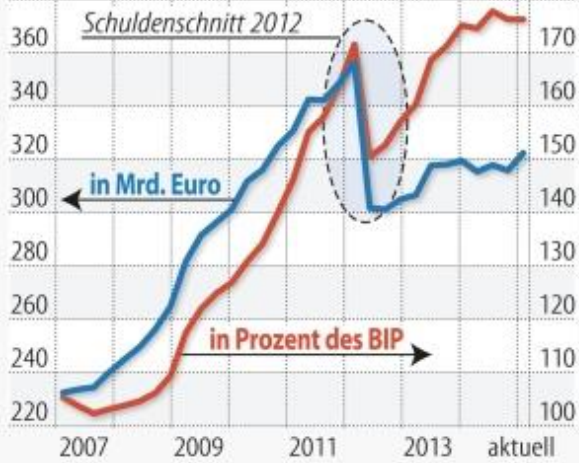
Auch der **Internationale Währungsfonds (IWF)** hat sich noch immer nicht festgelegt, ob er seinen Anteil an Kreditfinanzierungen im Rahmen des 3. Hilfsprogrammes übernehmen will. Er teilt die Einschätzung der Eurostaaten zur Tragfähigkeit der griechischen Schulden nicht und hält eine Umstrukturierung dieser Schulden für unumgänglich, etwa durch eine Senkung der Zinsen oder eine Verzögerung der Fälligkeitstermine.

Kommt es zu keiner Einigung mit den Gläubigern, dann erhält Griechenland auch keine neuen Kredite. Auf das Geld ist Athen aber angewiesen, um im Juli 2017 Schulden in der Höhe von ca. 7 Mrd. Euro zu bedienen. Eine Pleite Griechenlands kann sich die EU wohl derzeit nicht leisten. Und die Mehrheit der griechischen Bevölkerung will den Euro behalten.

Die **Rückzahlung der Darlehen** durch Griechenland wurde weder an EFSF, EFSM noch an den IWF begonnen. Es bestehen sehr lange Fälligkeiten.

Griechische Staatsschuld

in Milliarden Euro in Prozent des BIP



1) Aktuell; zum Teil geschätzt.

Quellen: Eurostat; Griechisches Finanzministerium; F.A.Z. / F.A.Z.-Grafik Brocker

Gläubiger

in Milliarden Euro¹⁾

